

Wochenzeitung

Bilows Abschied.

Fürst Bilow hat abgewirtschaftet; er geht zwar nicht heute oder morgen, aber bald, nachher, wie es in dem offiziellen Telegramm von Sonnabend Nacht heißt, die Arbeiten für die Reichsfinanzreform in ein politisches und die verbündeten Regierungen annehmbares Ergebnis gezeitigt haben würden.

Wohlgemerkt: für die verbündeten Regierungen, nicht für den Reichskanzler selbst. Sinter dieser diplomatischen Wendung vertritt der Fürst, der, um mit der Deutschen Reichsregierung zu reden, durch die Ablehnung der Subventionsteuer von seinen geschätzten Konfessionären eine Danksagung von 194 Mill. erhalten hat, seinen Unfall schließlich eben dieser Finanzreform, für die er mit allem Nachdruck, dessen er fähig ist, eingetreten war, und die er nun ruhigen Gemütes über Bord wirft, um mit seinen konservativen Kameraden weiter zu verhandeln und zu patieren. Diese Verhandlungen, die in einem Wiederbelebungsversuch der Blockade gipfeln — sind nicht allen Seiten eingeleitet worden. Uns wundert diese löbliche Unterwerfung Bilows nicht einen Augenblick; denn wir haben es uns längst abgemerkt, uns über irgend eine seiner widersprüchlichen und jegliche Konsequenz vermiffen lassenden Handlungen zu wundern.

Die Konservativen sind jetzt, nachdem sie die Gewissheit haben, daß Bilows Reichsfinanzreform gescheitert, ein Kommando — in ihrer Art — und heucheln Bedauern. Die Kreuzzeitung erklärt:

Wir freuen uns der Entscheidung des Kaisers, da wir unter dem gegenwärtigen Verhältnis und besonders auch mit Rücksicht auf das notwendige Zustandekommen der Reichsfinanzreform ein Verbleiben des Fürsten Bilow in seinem Amte für erforderlich halten und keinen Anlaß zu seinem Austritt zu erkennen vermögen.

Und das Organ des Bundes der Landwirte bemerkt:

Nach allen Meldungen über die Stellungnahme des Reichskanzlers zu dem gegenwärtigen Lage kann man nur annehmen, daß die Auffassung, die sich in der allerhöchsten Entscheidung kundtut, sich mit der eigenen Auffassung des Fürsten Bilow vollständig deckt. Da fernher auch wir, der Überzeugung sind, daß das so wichtige und an demselben der Finanzreform eine Lebensfrage für das Reich ist, und daß ein Verbleiben des Fürsten Bilow im Amte bei Erreichung dieses notwendigen Zieles nur überflüssig sein kann, so erfüllt uns die Entscheidung des Kaisers mit aufrichtiger Genugtuung. Endlich glauben wir nicht ohne weiteres annehmen zu sollen, daß in der feierlichen Willensäußerung bereits die Zustimmung zu einem Wahrschlag des Fürsten Reichskanzlers nach dem Gelingen der Reform ausgedrückt sein soll!

Der Gipfel der Scheinheiligkeit! Kein; Bilow befindet sich am Ende seiner Laufbahn, und es ist ein bitterer Schluß, daß er nun noch mit seinen Befürwortern parlamentarischer Art, um ein Zerstückeln des Wertes zustande zu bringen, das er schaffen wollte. Aber wir haben kein Mitleid mit ihm; er ist endlich seiner Schamhaft, schon mehr Zeitungsrepublik zum Opfer gefallen. Dabei war natürlich die Ablehnung der Subventionsteuer nur der äußere Anlaß, der ihm das Genick brach. Wie wiederholen heute, was wir am Freitag Morgen sagten: Bilow muß jetzt gehen, weil das Zentrum seine Rechte für den 13. Dezember 1906 fast gänzlich wollte, und weil er den Konservativen durch die Aufkündigung von Wahlreformen in der letzten preussischen Thronrede hoch verächtlich geworden war. In solchen Dingen verhalten die Junker, seinen Spieß, und ein Reichskanzler oder vielmehr preussischer Ministerpräsident, der an dem „Holländium“ des Dreifünftelsystems zu rütteln wagt, bedroht ihre politische Diktatur und muß weg von seinem Platze, mag er ihr übrigens so agrarisch sein, wie er will.

Und darum war schon die Umleitung der Wochenschrift der Anfang von Bilows Ende. Dieses zweischlächtige Angeltum, diese Spaltgeburt, dieses Zusammenstellen zweier verfeindeter Weltanschauungen konnte zu seinen erträglichen Zielen führen, und der Autor dieses glorreichen Gebankens kann jetzt das schöne Ziel aufhaken. Ich bin allein auf weiter Flur. Denn mit allen hat Bilow es jetzt verbrochen. Statt aber nun tapfer den gordischen Knoten, den er selbst geknüpft hat, zu durchhauen und den einzigen Ausweg zu wählen, den er mit Ehren wählen konnte, nämlich die Aufkündigung des Reichstages, kann der Kanzler plötzlich wieder anders, und er tricht auf neue zu Kreuze — doch nein, nicht er, sondern der Vorsitzende des Bundesrates! Eine feine Wertheilung!

Wie wird die Sache sich nun gestalten? So, wie sie vor der Reichstagsauflösung vom 13. Dezember 1906 lag. Wieder haben wir eine konservativ-kerikal-agrarische Mehrheit, und der Nachfolger des Fürsten Bilow, sei es, wie es sei, wird mit dieser Mehrheit verhandeln müssen. Das Zentrum hat seine Macht stärker stabilisiert, und die Junker, die die Schere abzukürzen gedachten, werden schließlich die Dämonen sein und nach dem Zentrum's Weisung müssen, zumal der kerikale Hochadel seine Stellung bei Hofe immer fester zu begründen und gefestigt anzunehmen weiß. Dem Liberalismus aber und namentlich dem Freireich, der sich durch seinen Wahlwahn unwiderruflich kompromittiert hat, ist das höchste Glück zu wünschen, daß er sich bald als ein bloßes Dorn im Auge der Reichsregierung erweist, und daß er durch die Rückkehr des Reichskanzlers in die deutsche Volk, das unter dem Vorkriegs-Bilow mit neuen Verbrauchssteuern belastet ist, denen es schwer erliegen muß, und das unter dem Joch einer Minorität leidet, die vom Fürsten Bilow großgezogen worden ist.

Der Kaiser in Kiel.

Wie aus Kiel berichtet wird, hielt der Kaiser gestern vormittag auf der „Hohenzofern“ Gottesdienst ab. Danach begab er sich an Bord des „Meteor“, um an der Regatta des Norddeutschen Regatavereins auf der Kieler Förde teilzunehmen. Zum Aufbruch auf dem „Meteor“ waren unter anderem General der Kavallerie, der amerikanische Botschafter Sir, Staatssekretär v. Tzipitz, der Marineattaché bei der Botschaft in Washington Arbeitenskapitän Reymann, Dr. Armour und Generaldirektor Ballin. Die Kaiserin, die um 8 Uhr vormittags in Kiel eingetroffen war, begleitete an Bord der „Jbuna“ die Regatta.

Der Sanjabund in Württemberg.

In Stuttgart fand gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten der Stuttgarter Handelskammer v. Widenmann eine von zahlreichen Vertretern der Industrie, des Handels und des Gewerbes bezogene Versammlung zum Zwecke des Anschlusses an den neu gegründeten Sanjabund statt. Nach einem Wortzuge des Präsidenten der Handelskammer Dr. Alfred Weser über die Ziele und die Aufgaben des Bundes und nach einer längeren Debatte wurde an den Bundesvorsitzenden, Geheimrat Dr. Kießer, ein Telegramm gelangt, in dem es heißt:

Die heute hier tagende, von 2000 Personen besuchte württembergische Landesversammlung der großen Fachvereinigungen für Gewerbe, Handel und Industrie in Württemberg und ihrer Fremde bekräftigt einmütig ihre Zustimmung zu den Zielen und Aufgaben des Sanjabunds. Sie erklärt in ihm die Grundbedingung, auf welcher die gewerbetreibenden Kreise unseres Volkes den berechtigten Einfluß auf die Gesetzgebung erreichen können.

Sum nationalliberalen Kandidaten

des pfälzischen Reichstagswahlkreises Neuhabs-Bandau wurde in einer in Neuhabs an der Saardt abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung der nationalliberalen Partei für die bevorstehende Reichstagswahlwahl der Landtagsabgeordnete Franz Wühl in Vorschlag aufgestellt. Der Bund der Landwirte hat nach der nunmehr erfolgten Ablehnung der Erbbaufürher die obigen, loslose Unterstützung dieser ihm genäherten Kandidatur zugesagt.

Das Mantelgesetz.

Ein Mitarbeiter schreibt uns: Die Rufe des Reichstages hatte alle Veranlassung, dem geplanten Mantelgesetz zuzustimmen, ja es selbst zu beantragen, falls der Mut der Herren von der Mehrheit dazu nicht ausreicht. Denn ohne ein solches ist die Rufe vor Überwachungen seitens der Regierung nicht sicher. Es konnten sehr wohl einige für sie ausnehmbare Steuern, zum Beispiel die Branntweinsteuer samt der Verbrauchsteuer, die Erhöhung des Kaffees und Teerzoll von der Regierung angenommen werden und sofort in Kraft treten. Das Mantelgesetz wäre aber die beste Garantie dagegen, da Steuererhöhung, Mädelnsteuer, Rohlensteuer und andere schöne Dinge, mit denen die reichbegabte Steuerpolitik der Finanzminister aus agrarischen Kreisen der deutsche Volk beklagt hat, doch von seiner Regierung werden können.

Zudem ist ein Mantelgesetz eigentlich eine stets wiederkehrende Forderung der parlamentarischen Technik, die unter anderem auch zuletzt in Preußen beliebt ward und sein Fehlen in Entwurfe der sogenannten Finanzreform ist überhaupt bezeichnend. Ein solches Gesetz wird zugleich der einzige Schutz gegen die ungewisse Druckverfälschung, so wichtiger Vorlagen in zweiter Lesung, wie der Branntwein- und Branntweinsteuer und andere mehr. Es ist doch nicht von der Hand zu weisen, daß eventuell der neue Schatzkeller und ein neuer Reichsfinanzminister mit der agrarischen Mehrheit ein Kompromiß zustande bringen können, das dann schnell ohne eigentliche Diskussion durchgedrückt werden könnte, wenn unter anderem Namen so etwas die eine wichtige Befreiung oder sogar Erbschaftsteuer darin enthalten ist. Dem Zentrum geht es doch offenbar längst nicht mehr um diese Steuer, zumal im Laufe der Debatte überzeugend nachgewiesen wurde, daß dafür gerade seine hervorragendsten Führer sich zu ihren Gunsten ausgesprochen haben. So gut wie sie jetzt von der Verantwortlichkeit der Erbbaufürher sich „abergehen“ ließen, so gut können sie ihre Fraktionsgenossen später einmal von der Verantwortlichkeit eines anderen konstituierten derartigen Abgabe überzeugen und dann auf der Handlung mit der Regierung fertig! Dann aber findet die Konsumsteuer und andere volksschädliche Projekte in zweiter Lesung vom Zentrum beschloffen und es ist verhältnismäßig ein leichtes, sie endgültig durchzuführen.

Abgesehen von der Schädlichkeit dieser Steuern wäre dieser Akt aber auch ein der Reichstages ganz un würdiger Zustand. Gesten, die über das Wohl und Wehe vieler Millionen Menschen entscheiden — wichtiger zum Wohle der Agrarier und zum Wehe der nicht privilegierten Klasse — dürfen nicht in formellerer Schwüle „beraten“ werden, sonst sinkt diese ewige Beratung zur Farce herab. Das Mantelgesetz allein sichert die sofortige Veräußerung des Reichstages, die allenfalls mit allen Mitteln, auch denen der Gewalt, zu erzwingen werden müßte. Daher sollte gerade durch ein Mantelgesetz die allerhöchste Bekräftigung über die Situation endlich geschaffen werden.

Ein gerichtliches Nachspiel

Es soll die viel erörterte Offener Gymnasialfrage ersähen. Nach der „Kritik“ hat der jetzt nach Buzlau verlegte bisherige Direktor des königlichen Gymnasiums in Offen Dr. Biele gegen die kerikale „Germannia“ in Berlin die Besetzungsfrage wegen

der gegen ihn erhobenen Anklage eingeleitet. Dr. Biele selbst beschränkt sich in der „Kritik“ auf eine lauge Erklärung über die Affäre. Da die Sache die Gerichte beschäftigen wird, so erübrigt sich ein näheres Eingehen darauf. Hervorgehoben sei nur, daß Dr. Biele mitteilt, die gegen ihn erhobenen kerikalischen Anklage seien nur der Absicht entsprungen, wieder einen katholischen Direktor an die Spitze des Offener Gymnasiums zu bringen.

Der Zar in Stockholm.

Wie bereits berichtet wurde, ist am Sonnabend das russische Sarenpaar zum Besuch bei dem schwedischen Königpaar eingetroffen. Bei dem Galabund, das auch diesen Anlaß im Schloß zu Stockholm stattfand, brachte der König Gustav von Schweden einen Toast aus, in dem er unter anderem sagte:

Es ist mein Wunsch und auch der meines Volkes, in dem Besuche Ew. Majestät einen Beweis zu erbringen für die ausgezeichneten Beziehungen, welche zwischen unseren beiden Völkern bestehen, und es ist meine feste Hoffnung, daß diese Beziehungen, welche im letzten Jahre ferntlich befestigt wurden, sich immer mehr festigen und entwickeln werden auf der Grundlage eines festen Grundbaues, und daß die gemeinsamen Interessen eine feste Grundlage erhalten zum Besten beider Völker.

Kaiser Nikolaus sagte in seiner Rede unter anderem: Der liebenswürdige Empfang, welcher uns in Ihrem Lande bereitet wurde, stellt einen weiteren Beweis dar für die Bande der Freundschaft und Verwandtschaft, welche unsere beiden Völker vereinen. Dieser Beweis ist gleichzeitig eine Versicherung für die festen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern, welche jüngst durch ein feierliches, politisches Übereinkommen weiterhin befestigt wurden, und welche noch mehr zu stärken und zu entwickeln mit am Herzen liegt.

Nach dem Galabund begaben sich der Kaiser und die Kaiserin von Aufbruch auf die Kaiserliche „Standart“ zurück. Gestern mittag fand an Bord der „Standart“ Feiern statt, an denen das Königpaar von Schweden teilnahm. Um 4 1/2 Uhr fuhr die „Standart“ nach Schloß Tuusula, wohin das kaiserliche Königpaar im Automobil folgte. Der Kaiser von Aufbruch schenkte bei der Abreise 10,000 Kronen für die Armen Stockholms.

Ein schwedischer General ermordet.

Nach einer Meldung aus Stockholm wurde dort in der Nacht zum Sonntag der Chef der schwedischen Militärartillerie, Generalmajor Beckman durch einen Revolveranschlag in den Rücken getötet. Der General polierte mit mehreren Offizieren und einigen Damen den Karl XII. Markt. Plötzlich sprang ein Mann in Revolverstellung hervor und feuerte mehrere Revolverkugeln ab, von denen einer den Generalmajor Beckman im Rücken, der andere, der gegen den Kommandanten der Abgabe gerichtet war, einen Major Swanberg in der Hüfte traf. Unmittelbar darauf richtete der Mörder zwei Schüsse gegen seinen eigenen Kopf und stürzte bewusstlos nieder. Er wurde, wie der General, der bewusstlos auf dem Boden lag, wurden in sofort herbeigeeilten Automobilen ins Krankenhaus geschafft. Der General wurde jedoch bei der Ankunft bereits tot. Der Mörder ist gestern früh im Hospital gestorben. Er ist ein Arbeiter Adolf Sjölander genannt. Man fand bei ihm ein Paket mit Gewehrpatronen der Leistung „Vand“ und stimmt an, daß er von dem Betried dieses Blattes lebte. Dr. Swanberg befindet sich außer Gefahr.

Oesterreich-Ungarn und Italien.

Die italienische Presse hatte sich, wie bekannt, lebhaft darüber aufgeregt, daß die österreichisch-ungarische Regierung ihre Beteiligung an der im Jahre 1911 in Rom zur freien der Unabhängigkeitserklärung Italiens feststehenden Auslieferung abgelehnt haben sollte. Die Aufregung war aber zweifelsfrei. Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, hat der österreichisch-ungarische Botschafter in Rom, Graf v. Bülow, dem italienischen Minister des Inneren mitgeteilt, daß Oesterreich-Ungarn sich offiziell an der Auslieferung beteiligen wird.

Die ungarische Kabinettskrisis.

Wie aus Wien berichtet wird, wurde der gegenwärtig dort weilende frühere ungarische Finanzminister Dr. v. Szaec vom Kaiser mit der Sondermission betraut, am Zweck der Kabinettsbildung mit der Unabhängigkeitspartei in Unterhandlungen zu treten.

Ein neuer Bergarbeiterstreik in Frankreich?

Wie aus Paris berichtet wird, erludte der Verband der Bergleute des Loire-Departements die Bergarbeitergewerkschaften, die in Juni v. J. für ein Jahr ausgefallenen Löhnerhöhungen bis Juli 1910 aufrechtzuerhalten. Die Gewerkschaften erwiderten, daß sie dieses Opfer nicht bringen könnten. Man schätzte, daß infolge dieser Weigerung eine Streikbewegung ausbrechen wird.

Die Cholera in Petersburg.

Nach einem Telegramm aus Petersburg sind dort am Sonntag 58 Personen an Cholera erkrankt und 29 gestorben. Die Zahl der Erkrankten betrug 506. Seit dem Wiedererbrechen der Cholera am 29. Mai sind bis zum 26. Juni 744 Personen erkrankt und 211 gestorben.

Posen, 28. Juni. Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Frensdurg und der Unterstaatssekretär v. Lindquist sind gestern nacht von Berlin über eingetroffen und heute früh in Begleitung des Präsidenten der Aufstellungskommission Dr. Graunich zur Besichtigung von Aufstellungen in der Nähe von Posen abgereist.

Rom, 27. Juni. Der Minister hat einen Gesandtschaft an der belgischen Botschaft in Rom, um die italienischen Industrien gegenüber protektionistischen Maßnahmen des Auslandes zu schützen.

